

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.03.2014 Drucksache 17/1098

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Schutz der bäuerlichen Tierhalter vor überzogenen Auflagen – Keine Verschärfung der NEC-Richtlinie im Bereich der Ammoniak- und Methanemissionen für Deutschland

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass es zu keiner weiteren Absenkung der Emissionshöchstmengen im Bereich Methan und Ammoniak durch die von der EU-Kommission vorgeschlagene Neufassung der "Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe" (EU-NEC-RL) kommt.

Begründung:

Laut Veröffentlichungen und Berechnungen des Umweltbundesamts haben sich die jährlichen Ammoniakemissionen in Deutschland von 1990 bis 2011 um ca. 20,2 Prozent verringert. Deutschland hat die derzeit festgesetzte Höchstgrenze von 550 Tsd. Tonnen Ammoniak laut den Berechnungen im letzten Berichtsjahr lediglich um 0,5 Prozent überschritten (Quelle: Umweltbundesamt). Die Bundesregierung hat im Rahmen der Neufassung des Multikomponentenprotokolls der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE CLRTAP) einer Reduzierung dieser Emissionen um 5 Prozent bis 2020 gegenüber 2005 zugesagt. Eine weitere Absenkung, wie sie derzeit von der EU-Kommission bis 2030 von 39 Prozent gefordert wird, kann nach Aussage von Experten nicht mehr mit technischen Maßnahmen erreicht werden. Eine solche Vorgabe könnte nur durch die massive Abstockung der Tierbestände erreicht werden. Die Tierhaltung bildet das Rückgrat der kleinstrukturierten bayerischen Landwirtschaft. Eine solche Vorgabe ist mit der Realität nicht vereinbar und würdigt in keinster Weise die massiven Vorleistungen der bayerischen Landwirtschaft in diesem Bereich. Damit wird der Strukturwandel massiv beschleunigt und das Ziel der Erhaltung bäuerlicher Familienbetriebe konterkariert.